

Anna Wiebke Klie, Haci-Halil Uslucan und Thomas Klie

## Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Fluchterfahrungen – Vielfalt, Potenziale, Desiderate

Essener Thesen<sup>1</sup>



Anna Wiebke Klie



Haci-Halil Uslucan



Thomas Klie

In den letzten Jahren ist das Engagement von Migrantinnen und Migranten<sup>2</sup> zunehmend in den Blick engagement- und integrationspolitischer Maßnahmen geraten und entsprechend verstärkt Gegenstand wissenschaftlicher Forschungen geworden. Dabei wird generell davon ausgegangen, dass das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund als wesentlicher Katalysator für die Integration und Partizipation sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts fungieren kann und seine Förderung mithin forciert werden muss. Die Prämisse lautet, dass es wesentlich dazu beitragen kann, sowohl bei den Zugewanderten als auch in der Aufnahmegesellschaft interkulturelle Lern- und Öffnungsprozesse, ein respektvolles und toleranteres Miteinander wie auch eine höhere Identifikation mit dem Aufnahmeland zu befördern. Flankiert wird die Diskussion über das Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte kontinuierlich von Erörterungen, inwieweit das in Migrantinnenorganisationen und -netzwerken vorzufindende Engagement eher desintegrativ bzw. separierend wirkt und auf Abschottung gegenüber der deutschen Gesellschaft zielt oder sich vornehmlich integrationsfördernd realisiert. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere in der Politik in den letzten Jahren ein Paradigmenwechsel der Einschätzung des Engagements von Zugewanderten zu verzeichnen: Dominierte jahrzehntelang ein paternalistischer, fürsorgerischer und die Migrantinnen und Migranten als Klientel betrachtender Ansatz,<sup>3</sup> ist in den letzten Jahren die Tendenz zu erkennen, Migrantinnenorganisationen als wichtige Akteure der Zivilgesellschaft zu betrachten, deren Engagementstrukturen und Zusammenarbeit mit Organisationen der Mehrheitsgesellschaft es zu fördern gilt.

Die Flucht aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens nach Deutschland ist seit dem Sommer 2015 das beherrschende

politische Thema. Unübersehbar war und ist die große Rolle von Engagement im Zusammenhang mit der Aufnahme der Flüchtlinge: Ohne das vielfältige Engagement der Bürgerinnen und Bürger für die geflüchteten Menschen wäre der Staat im Spätsommer 2015 kollabiert. Dabei ist

- 1) Die Thesen basieren auf den Diskussionsergebnissen des Workshops „Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten in der Kommune“, der im Rahmen der Kommissionsarbeit für den Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung am 13. Dezember 2013 an der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) stattgefunden hat. Ausgangspunkte der Diskussionen bildeten die in den drei Städten Duisburg, Essen und Gelsenkirchen vorgefundenen Verhältnisse sowie wissenschaftliche Vorträge. Die Ergebnisse aus dem Workshop wurden um die Diskussionen in der Kommission über aktuelle Entwicklungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik, ergänzt.
- 2) Hier werden die Begrifflichkeiten „Migrantinnen/Migranten“ und Personen „mit Migrationshintergrund/Zuwanderungsgeschichte“ verwendet. Dabei umfasst der Begriff „Migrationshintergrund“ die Gesamtheit aller Menschen mit eigener bzw. Migrationserfahrung der Eltern. Eine Person mit Migrationshintergrund, die im Ausland geboren wurde und selbst eingewandert ist, wird als „Migrantin/Migrant“ im engeren Sinn bezeichnet. Innerhalb des Workshops wurde allerdings keine semantisch trennscharfe Differenzierung aufrechterhalten, wodurch den Bezeichnungen (auch im Rahmen der vorliegenden Thesen) eine synonyme Bedeutung zukommt.
- 3) Huth, S.: Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten. Lernorte und Wege zu sozialer-Integration, Partizipation und Kompetenzentwicklung (QUEM-Materialien 83), Berlin 2007, S. 18.

**Anna Wiebke Klie** ist wissenschaftliche Leiterin der Geschäftsstelle für den Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung am Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) in Freiburg; **Haci-Halil Uslucan** ist Professor für Moderne Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg-Essen und wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) in Essen; **Thomas Klie** ist Professor für Rechts- und Verwaltungswissenschaften an der Evangelischen Hochschule Freiburg sowie Leiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze). Er ist Vorsitzender der Zweiten Engagementberichts-Kommission der Bundesregierung.

das breite zivilgesellschaftliche Engagement für Geflüchtete und Zuwanderer sowohl quantitativ als auch qualitativ ein neues gesellschaftliches Phänomen, und es ist zu beobachten, dass sich verstärkt auch Personen mit Migrationshintergrund bzw. Migrantenorganisationen engagieren bzw. ihr vielfältiges Engagement sichtbar wird. Die Dynamiken von Hilfeleistungen für geflüchtete Menschen und deren Ablehnung gestalten sich auf lokaler Ebene indes sehr unterschiedlich.<sup>4</sup> So zeigen sich einerseits Solidarität, Unterstützung und Empathie, aber andererseits artikulieren sich zeitgleich ganz deutlich Protest, Wut, (fremdenfeindliche) Ablehnung, und es sind gewalttätige Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zu beklagen. So kann man mit Blick auf die letzten Monate des Jahres 2015 bzw. die ersten Monate des Jahres 2016 von einer bizarren Gleichzeitigkeit von Vorfällen sprechen.

Die Essener Thesen kondensieren zentrale Befunde und Diskurse zum Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte und zur Flüchtlingsthematik. Sie verweisen mit ihren Empfehlungen auf weiteren politischen Handlungsbedarf.

## 1. Befunde

### a) Engagement und Engagementförderung

Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund ist weit ausgeprägter, vielfältiger und bedeutsamer als in der öffentlichen Meinung angenommen. Es wird in seinen Formen, seiner Ausrichtung, Verbreitung und seinen Voraussetzungen als solches häufig nicht (an-)erkannt. Zugleich ist in dieser Gruppe ein enormes Potenzial für freiwilliges Engagement vorzufinden. Es sind methodische Ansätze einschlägiger Statistiken sowie politische Nicht(be)achtung, die zur Unterschätzung des Engagements beitragen.

- Das Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte im und für das Gemeinwesen knüpft ganz wesentlich im unmittelbaren Lebensumfeld an – dort, wo sich zentrale Fragen der alltäglichen Lebensgestaltung und der Zukunftsorientierung stellen: zum Beispiel im Kindergarten, in der Schule, am Arbeitsplatz und im Sport.<sup>5</sup>
- In Migrantenorganisationen – insbesondere Moscheevereinen – existieren zum Teil stabilere und breiter vernetzte Strukturen freiwilligen Engagements als in deutschen Organisationen;<sup>6</sup> in klassischen zivilgesellschaftlichen Institutionen der Mehrheitsgesellschaft (z.B. freiwillige Feuerwehr, DRK) sind Menschen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert.<sup>7</sup>
- Migrantinnen und Migranten betrachten und bezeichnen ihre Tätigkeit häufig selbst nicht als freiwilliges Engagement. In Sprachen anderer Länder fehlen Begriffsäquivalente zu „Ehrenamt“ oder „bürgerschaftlichem Engagement“ oder sind kaum so verbreitet wie im deutschen Sprachgebrauch.<sup>8</sup> So existiert im islamischen Kontext beispielsweise die Vorstellung, dass „das Gute“ nur geheim zu tun sei (türkisch: *hayır gizli yapılır*) – im Gegensatz zur Maxime: „Tue Gutes und rede darüber“. Es bedarf der Kenntnis des spezifischen, kultu-

rell verwurzelten Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund, um Übersetzungs- und Brückenarbeit in die Aufnahmegesellschaft leisten zu können.

- Verschiedene Engagementkulturen, Sozialisationsprozesse, Auffassungen von Familie und Verwandtschaft, Organisationen und Staat bedürfen eines kulturreflektierten Umgangs.
- Die verschiedenen Gruppen der Menschen mit Migrationshintergrund sind in sich höchst heterogen und gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung seltener freiwillig engagiert als Personen ohne Migrationshintergrund. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Mangelnde Deutschkenntnisse, unterschiedliche strukturelle Rahmenbedingungen, rechtlicher Status und Lebensphasen, eine geringere Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen etc. können (kumulativ) ursächlich sein.
- Im Generationenverlauf scheinen Angleichungsprozesse stattzufinden, denn in Deutschland geborene Personen mit Migrationshintergrund der „zweiten Generation“ sind zu höheren Anteilen freiwillig engagiert als ihre Eltern bzw. Personen mit eigener Zuwanderungserfahrung der „ersten Generation“. In Kindheit und Jugend gemachte prägende Erfahrungen scheinen für die Aufnahme eines Engagements bedeutsam zu sein. Bei Menschen mit Migrationshintergrund in der zweiten Generation, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, fällt die Engagementquote am höchsten aus. Sozialisation in Deutschland impliziert somit einen besseren Zugang zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und Tätigkeitsfeldern.<sup>9</sup>

4) Siehe zu Fallbeispielen und Hintergründen: Aumüller, J./Daphi, P./Biesenkaamp, C.: Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Robert Bosch Stiftung (Hrsg.), Stuttgart 2015.

5) Halm, D./Sauer, M.: Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. TNS Infratest Sozialforschung (Hrsg.), Wiesbaden 2007; Sauer, M.: Partizipation und Engagement türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der elften Mehrthemenbefragung 2010. Eine Analyse im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Essen 2011.

6) Halm, D./Sauer, M./Schmidt, J./Stichs, A.: Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. Forschungsbericht 13, Nürnberg 2012. Halm, D./Sauer, M.: Soziale Dienstleistungen der in der Deutschen Islam Konferenz vertretenen religiösen Dachverbände und ihrer Gemeinden. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.), Berlin 2015.

7) Halm/Sauer (FuBn. 5); Sauer (FuBn. 5); Braun, S./Nobis, T.: Migration, Integration und Sport. Perspektiven auf zivilgesellschaftliche Kontexte vor Ort. Zur Einführung, in: dies. (Hrsg.): Migration, Integration und Sport. Zivilgesellschaft vor Ort, Wiesbaden 2011, S. 9–28; Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS): MigrantInnen als Zielgruppe ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Osnabrück 2012; Vogel, C./Simonson, J./Tesch-Römer, C.: Freiwilliges Engagement und informelle Unterstützungsleistungen von Personen mit Migrationshintergrund, in: Simonson, J./Vogel, C./Tesch-Römer, C. (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Endbericht. Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA), Berlin 2016, S. 579–613.

8) Huth (FuBn. 3), S. 19 f.; Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren (Hrsg.): Engagementstrategie Baden-Württemberg – Lebensräume zu „Engagement-Räumen“ entwickeln. Ergebnisse des Beteiligungsprozesses und Bewertung, Stuttgart 2014, S. 21.

9) Im Freiwilligensurvey 2014 (Simonson, J./Vogel, C./Tesch-Römer, C. [Hrsg.]: Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Endbericht. (Deutsches Zentrum für Altersfragen [DZA], Berlin 2016) wurde der Einbezug von Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber den bisherigen Erhebungswellen durch den Einsatz fremdsprachiger Interviews in Russisch, Türkisch, Polnisch, Arabisch und Englisch methodisch verbessert; Vogel et al. (FuBn. 7).

## b) Religion

Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund, hier insbesondere bei Muslimen, steht mehr als in der autochthonen Gesellschaft im Zusammenhang mit der Religionsausübung.

- Religiösen Gemeinschaften gelingt es in besonderem Maße, Menschen anzusprechen und für freiwilliges Engagement, das als Teil der Religionsausübung verstanden wird, zu gewinnen („ad maiorem Dei gloriam“ oder „fisabilillah“<sup>10</sup>). Dabei bilden geteilte Glaubens- und Wertevorstellungen ein wesentliches Fundament für gegenseitiges Vertrauen, und Männer wie Frauen sind – in unterschiedlichen Rollen – gleichermaßen beteiligt.<sup>11</sup>
- Religion muss nicht zwangsläufig ein Förderfaktor für ein in die Gesellschaft wirkendes Engagement sein. In unterschiedlichen konfessionellen Kontexten gelebte religiöse Orientierungen und Wertvorstellungen können rein binnenorientiert ausgerichtet sein, sich aber auch auf den öffentlichen Raum beziehen und zivilgesellschaftliche Qualität gewinnen.<sup>12</sup>
- Hinter den spezifischen Religionspraktiken von Menschen mit Migrationsgeschichte stehen primär keine Separationsanliegen. Bestimmte Formen der Religionsausübung (wie etwa das tägliche Gebet sowie das Fasten gläubiger Muslime) haben vielfach die Binnengruppe als erleichternde und motivierende Bedingungen; diese Praxis stärkt und bewahrt die Gruppenidentität. Spirituelle Angebote, die für die individuelle Lebensgestaltung und psychische Stabilität elementar sind, sind insofern kulturell nicht beliebig übertragbar.<sup>13</sup>

## c) Kommune und Nachbarschaften

Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund – insbesondere das in den kommunalen Nachbarschaftshilfen etablierte – leistet dort, wo es vorhanden ist, einen wesentlichen Beitrag zur individuellen lokalen Beheimatung und Identifizierung mit der Kommune; es ist jedoch mit gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemlagen zusammenzudenken.

- Die Kommune ist der Ort gemeinschaftsbezogener Gestaltung örtlicher Lebensbedingungen – von Nachbarschaften bis zur Kommunalpolitik.
- Engagementpotenziale sind insbesondere auf Stadtteilenebene hoch, da Kindererziehung und das Leben im Alter stark an soziale Netzwerke und Sicherheit am Ort gebunden sind.
- Die Bereitschaft und Offenheit für Kontakte sind bei der autochthonen Bevölkerung unterausgeprägt; vor allem ist eine hohe Ablehnung gegenüber Muslimen zu verzeichnen.<sup>14</sup> Hingegen steigt die Bereitschaft zu interethnischen Kontakten in der Gruppe der (vor allem türkisch-stämmigen) Zuwanderer im Generationenverlauf deutlich an.<sup>15</sup> Dennoch sind Skepsis und Misstrauen

groß und sie stellen wesentliche Barrieren für den Aufbau örtlicher Solidaritätsstrukturen dar.

- In Quartieren mit einem hohen Migrantenanteil besitzen sozialintegrative, engagementbasierte Projekte eine wesentliche Bedeutung, da Problemkumulationen vor Ort zuvorderst aus der Überlagerung von Armut mit migrationspezifischen und soziostrukturellen Bedingungsfaktoren resultieren;<sup>16</sup> die deutlich geringeren Einkommen der Zugewanderten aus den ehemaligen Anwerbestaaten spielen dabei eine wichtige Rolle.
- Aktuell löst gerade die Fluchtmigration die bislang dominierende Einwanderung aus Südosteuropa (insbesondere der Sinti und Roma) als eine große Herausforderung der Kommunen ab. Dabei erschweren soziale Polarisierungs- und Segregationstendenzen sowie Konflikte zwischen Alt- und Neuzuwanderern den Aufbau von Brücken und Selbsthilfestrukturen.<sup>17</sup>
- Insbesondere in Quartieren mit einem hohen Zuwandereranteil können Ursachen für Fremdenfeindlichkeit an diffusen Ängsten, mangelnder interkultureller Kompetenz, Toleranz, (Selbst-)Reflexion sowie fehlenden Erfahrungen und Kontakten zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft festgemacht werden.<sup>18</sup> In Regionen, in denen im deutschlandweiten Vergleich de facto nur wenige Personen mit Migrationshintergrund leben – wie in den neuen Bundesländern – fällt die Fremdenfeindlichkeit entsprechend besonders groß aus.

## d) Sport

Der Sport ist ein Motor für Engagement- und Integrationsförderung. In gemeinsamer interaktiver Aktion von Menschen unterschiedlicher sozialer, kultureller und ethnischer Herkunft können Vorurteile und Berührungängste abge-

10) „Alles zur größeren Ehre Gottes“ oder „im Namen Allahs“.

11) Borchard, M./Ceylan, R. (Hrsg.): *Imame und Frauen in Moscheen im Integrationsprozess. Gemeindepädagogische Perspektiven*, Göttingen 2011.

12) Liedhegener, A./Werkner, I.-J. (Hrsg.): *Religion zwischen Zivilgesellschaft und politischem System. Befunde – Positionen – Perspektiven*, Wiesbaden 2011; Fijalkowski, J.: *Zur Funktion ethnischer Vereinigungen. Die Resonanz ethnischer Vereinigungen mit Integrations- oder Segregationszielen: Reflexionen zur Hypothesenbildung*, in: Klein, A./Kern, K./Geißel, B./Berger, M. (Hrsg.): *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*, Wiesbaden 2004, S. 193–210.

13) Ceylan, R. (Hrsg.): *Islam und Diaspora. Analysen zum muslimischen Leben in Deutschland aus historischer, rechtlicher sowie migrations- und religionssoziologischer Perspektive*, Frankfurt a.M. 2012.

14) Foroutan, N.: *Muslimbilder in Deutschland. Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte*, Berlin 2012; Leibold, J./Kühnel, S.: *Islamophobie oder Kritik am Islam?*, in: Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Frankfurt a.M. 2008, S. 95–115; Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Religionsmonitor – verstehen was verbindet. Sonderauswertung Islam 2015. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick*, Gütersloh 2015.

15) Sauer, M./Halm, D.: *Erfolge und Defizite der Integration türkeistämmiger Einwanderer – Entwicklung der Lebenssituation 1999 bis 2008*, Wiesbaden 2009.

16) Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): *Bundesweites Integrationsprogramm. Angebote der Integrationsförderung in Deutschland – Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung*, Berlin 2010, S. 25.

17) Stadt Gelsenkirchen/Referat Vorstandsbereich Arbeit und Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz: *Handlungskonzept der Stadt Gelsenkirchen „Zuwanderung im Rahmen der EU-Osterweiterung: Bulgarien und Rumänien“; Beschlussvorlage*, 09-14/5553; Stand 16. September 2013; URL: <https://ratsinfo.gelsenkirchen.de/ratsinfo/gelsenkirchen/Proposal.html?select=7028> (letzter Zugriff: 10. April 2015); Elias, N./Scotson, J. L.: *Etablierte und Außenseiter*, Berlin 1993.

18) Bertelsmann Stiftung (Fußn. 14), S. 11 ff.; Foroutan, N./Canan, C./Arnold, S./Schwarze, B./Beigang, S./Kalkum, D.: *Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität – Erste Ergebnisse*, Berlin 2014.

baut, Teamgeist und interkulturelle Kompetenz eingeübt werden.

- Der Breiten-, insbesondere der Ballsport stellt für junge Männer den attraktivsten Engagementbereich dar, da er weitestgehend entkoppelt ist von kognitiv-intellektuellen Leistungsanforderungen und sozioökonomischen Voraussetzungen des Elternhauses. Ferner sind Kooperation, gemeinsame Zielsetzungen und intensive, individuelle Kontakte, die elementare Bedingungen des Vorurteilsabbaus sind,<sup>19</sup> Kernelemente vieler Sportarten und tragen so zu einem herkunftsübergreifenden „Wir-Gefühl“ bei.
- Als erfolgreicher Integrations- und Engagementbereich erhält Fußball – überwiegend für junge Männer – stetig die größte Aufmerksamkeit.
- Vereinsmitglieder, ehrenamtlich Engagierte, hauptamtliche Funktionsträger und sportlich Aktive können als Multiplikatoren vorhandene Engagementpotenziale an der Basis mobilisieren und gleichberechtigte Teilhabe forcieren.
- Integrations- bzw. Migrantenbeauftragte in Sportverbänden übernehmen hinsichtlich interkultureller Öffnungsprozesse wichtige Beratungs- und Schlüsselfunktionen.
- Trotz der vielfach betonten Integrationsleistungen und -potenziale von Sportvereinen sind Personen mit Migrationshintergrund in solchen sowohl hinsichtlich der Beteiligung an sportlichen Aktivitäten als auch der Übernahme eines Engagements nach wie vor unterrepräsentiert.<sup>20</sup> Die Mitgliedschaft in Sportvereinen ist abhängig von sozioökonomischen Faktoren („Schichtabhängigkeit“<sup>21</sup>), geschlechtsspezifischen Sozialisationsprozessen und Präferenzen sowie unterschiedlichen lebensweltlichen Orientierungen und Kulturen.<sup>22</sup>
- Für Frauen – insbesondere Muslima – sind die Einhaltung religiöser Pflichten und körperbezogener Weiblichkeitsnormen (Verhüllungsgebot des Körpers, Geschlechtertrennung), entsprechend auch höher angesetzte Schamgrenzen und die Wahrung des Ehrgefühls relevant. Zum Teil ist eine Veränderung und Auflösung traditioneller Geschlechterrollenvorstellungen bzw. -zuschreibungen festzustellen.<sup>23</sup>

### e) Politische Teilhabe

Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund ist Katalysator für demokratische Beteiligung und gesellschaftliche Teilhabe. Vice versa sind demokratische Beteiligung und gesellschaftliche Teilhabe Voraussetzung und Motoren für Engagementbereitschaft.

- Aus demokratietheoretischer Perspektive ist der Einbezug von Migrantenorganisationen in Dialoge und Prozesse, die sie selbst betreffen, geboten: Im Sinne des Ideals des mündigen und eigenverantwortlichen Bürgers wird dadurch Selbstbestimmtheit erzeugt und aufrechterhalten. Erforderlich und konsequent ist daher

die Diskussion politischer Zielvorstellungen *mit* Migrantenorganisationen, und nicht die Diskussion über sie.<sup>24</sup>

- Die politische Partizipation durch eine erleichterte Einbürgerung ist eine entscheidende Dimension für die Förderung von Zugehörigkeitsgefühlen. Migrantinnen und Migranten dürfen nicht als Objekte politischer Steuerung, sondern müssen als selbst handelnde Subjekte wahrgenommen werden. Migrantinnen und Migranten sollten zukünftig hinsichtlich aller gesellschaftlichen – und nicht nur integrationsbezogener – Belange die Rollen von Mandatsträgerinnen und -trägern einnehmen (können).
- Schulen spielen eine zentrale Rolle für die politische Bildung und Vermittlung politischer Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Dieses gilt für Schülerinnen und Schüler (Schülermitverantwortung/-verwaltung, Jugendverbände) sowie Eltern (Elternbeiräte, Elternvereine) gleichermaßen.
- Als Informations- und Kontaktstellen verfügen Integrationsräte über das Potenzial, auf regionaler Ebene eine Brücken- und Scharnierfunktion zwischen Zuwanderungsgruppen und der Mehrheitsgesellschaft, Verwaltungs- sowie kommunalen Institutionen zu übernehmen.
- In Fach- und Beratungsgremien oder als in Organisationen und Initiativen freiwillig tätige Personen mit Migrationshintergrund besitzen eine biografische Vorbild- wie auch Vermittlungsfunktion und können das Engagement an der Basis aktivieren. Dieses kann sogar gesteigert werden, wenn aktive Migrantinnen und Migranten in Organisationen der Mehrheitsgesellschaft zukünftig zunehmend Leitungsfunktionen besetzen können („Empowerment“).
- Die Praxis der Duldung von langjährig in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern stellt sich als Abwertung und Partizipationsverweigerung dar. Gemäß dem Goetheschen Diktum „Dulden heißt beleidigen“<sup>25</sup> sind wechselseitige Anerkennung, Respekt und Teilhabe Voraussetzungen für das Funktionieren von Gemeinschaft.

19) Cook, S.W.: Experimenting on Social Issues: The Case of School Desegregation, in: *American Psychologist*, 40/1985, 459–460.

20) Breuer, C./Feiler, S.: Sportentwicklungsbericht 2013/2014. Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland, Köln 2014, S. 17–19; Braun/Nobis (Fußn. 7), S. 14 f. (Sportbezogene Sonderauswertung des Freiwilligenveys 2009, Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement, HU Berlin; Freiwilliges Engagement in 14 Bereichen, differenziert nach Migrationshintergrund).

21) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin 2013 (BT-Drucks. 17/12200), S. 119.

22) Klein, M.-L.: Migrantinnen im Sport – Zur sozialen Konstruktion einer „Problemgruppe“, in: Braun, S./Nobis, T. (Hrsg.): *Migration, Integration und Sport. Zivilgesellschaft vor Ort*, Wiesbaden 2011, S. 125–135.

23) Klein (Fußn. 22), S. 131–133.

24) Uslucan, H.-H.: Migrantische Selbst- und Fremdplatzierungen, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Wer gehört dazu? Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration*, Gütersloh 2011, S. 199–218.

25) „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: sie muß zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen“ (Johann Wolfgang Goethe: *Maximen und Reflexionen* 875; 9, 614).

## f) Öffentliche, Fremd- und Selbstbilder

Öffentliche Debatten mit diskriminierenden und generalisierenden Werturteilen über Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gefährden ihre Identifikation mit der deutschen Gesellschaft und ihre Engagementbereitschaft.

Im Zuge der Diskussion über das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund gilt es, Unterschiede sensibel zu thematisieren, ohne Ausgrenzung zu signalisieren. Sprachliche Sonderbehandlungen bzw. -kennzeichnungen folgen kulturell konstruierten Grenzen. Ihre Verwendung sollte in der allgemeinen Bevölkerung und Wissenschaft metakommunikativ reflektiert werden und dadurch zur sprachlichen und zwischenmenschlichen Sensibilisierung beitragen.

- Durch die verstärkte mediale, negativ konnotierte Fokussierung auf den Islam, auf Religionskonflikte und auf von vor wirtschaftlichen und sozialen Notlagen Geflüchtete aus Südosteuropa wird das interkulturelle Miteinander in der Kommune erschwert und geschädigt.
- Trotz einem zahlreichen und überwiegend positiven Integrationsgeschehen dominiert eine negative, skandalisierende Medienberichterstattung über Menschen mit Migrationsgeschichte – sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene.<sup>26</sup> Paradoxe Weise fällt das Vertrauen von Menschen mit Migrationshintergrund in die deutsche Medienberichterstattung hoch und höher aus als das in die Medien der jeweiligen Heimatländer; gleichwohl werden im Unterhaltungssektor die herkunftsspezifischen Sendungen stärker rezipiert.<sup>27</sup>
- Für die Selbstidentifikation, -verortung und Beheimatung ist die lokale Ebene ausschlaggebend: „Essen ist meine Heimatstadt. Ich bin und bleibe Essener, auch wenn ich türkisch aussehe.“ – Fortwährende Nachfragen nach äußerem Erscheinungsbild und kulturellen Wurzeln vermitteln das Gefühl des Andersseins, des Nicht-Dazugehörens.
- Barrieren für gegenseitige Annäherung, Vertrauensaufbau und interkulturelle Öffnungsprozesse zwischen Migranten- und aufnahmegesellschaftlichen Organisationen sind eine Überbetonung kultureller Differenzen und einer Wir-Sie-Dichotomie („Wir wollen ja kooperieren, aber die ja nicht“). Differenzmaximierung wirkt als Empathiebremse.
- Eine häufig unterschätzte Bedeutung für politisches und gesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte kommt Ereignissen in ihren jeweiligen Heimatländern zu; denn diese Bindungen werden auch in Deutschland unterhalten, bei einigen Aspekten sogar intensiviert. So ist beispielsweise die alevitische Identität ein deutlich stärker vom Ausland bzw. von Europa aus generiertes Phänomen.<sup>28</sup>
- Negativ konnotierte politische Verlautbarungen und Medienberichterstattungen („Das Boot ist voll!“, „Asylanflut“) verstärken Feindbildkonstruktionen, Res-

sentiments und Angstszenerien und damit einhergehend fremdenfeindliche Mobilisierungen, rechtsextrem motivierte Straftaten und Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte. An Naturkatastrophen erinnernde Begriffe wie „Flut“, „Schwemme“, „Tsunami“ etc., mit denen Flucht und Flüchtlingszahlen assoziiert werden, erzeugen darüber hinaus Gefühle von Hilflosigkeit und Resignation. Sprache ist dabei nicht lediglich ein Abbild der Wirklichkeit; Sprache schafft Wirklichkeiten.

## g) Migrantenorganisationen

Migrantenorganisationen sind multifunktionale, entwicklungs- und umweltoffene Organisationen und wichtige Akteure der Zivilgesellschaft.

- Migrantenorganisationen weisen eine enorme Dynamik und Wandlungsfähigkeit auf und übernehmen vielfältige Stützungs- und Sozialisationsfunktionen, fungieren als Kontaktbörsen, soziale Netzwerke und Interessenvertretungen, verschaffen Ressourcenzugänge und tragen zur Formung kollektiver Identitäten bei.<sup>29</sup>
- Das Engagement von Migrantenorganisationen darf bei aller Bedeutung des Kommunalen und seiner (Aus-)Wirkungen nicht auf das Lokale begrenzt werden. Das Engagement ist oftmals transnational angelegt und ein wichtiger zivilgesellschaftlicher Hebel für die Verbesserung der (demokratischen) Verhältnisse in anderen Ländern.<sup>30</sup>
- Im Bereich der Migrantenorganisationen ist ein ausgeprägtes Engagement zu verzeichnen.<sup>31</sup> Moschee-, Kultur-, Jugend- und Studentenvereine oder auch Nichtregierungsorganisationen mit islamisch-religiösem Hintergrund können zum Teil stärker in das Gemeinwesen hineinagieren als vergleichbare Organisationen der Mehrheitsgesellschaft (z.B. Islamic Relief Deutschland; Rat muslimischer Studierender & Akademiker e.V. – RAMSA<sup>32</sup>).

26) Vgl. hierzu Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Muslime in der Mehrheitsgesellschaft: Medienbild und Alltagserfahrungen in Deutschland, Berlin 2013; Pollack, D.: Öffentliche Wahrnehmung des Islam in Deutschland, in: Halm, D./Meyer, H. (Hrsg.): Islam und die deutsche Gesellschaft, Wiesbaden 2013, S. 89–118.

27) Çentürk, C./Özcan, Y./Halm, D.: Ausbildungsförderung in der türkischen Community durch bessere Einbeziehung von Ethnomedien. Begleitende Expertise zum Projekt: Bildung ist Zukunft, 2013; URL: [http://www.perspektive-berufsabschluss.de/downloads/Downloads\\_Cultural\\_Mainstreaming/cm\\_expertise-biz-1.pdf](http://www.perspektive-berufsabschluss.de/downloads/Downloads_Cultural_Mainstreaming/cm_expertise-biz-1.pdf).

28) Sezgin, Z.: Türkische Migrantenorganisationen in Deutschland – Zwischen Mitgliederinteressen und institutioneller Umwelt, in: Pries, L./Sezgin, Z. (Hrsg.): Jenseits von „Identität oder Integration“. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen, Wiesbaden 2010, S. 201–232; Halm, D.: Muslimische Organisationen in Deutschland – Entwicklung zu einem europäischen Islam?, in: Pries, L./Sezgin, Z. (Hrsg.): Jenseits von „Identität oder Integration“. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen, Wiesbaden 2010, S. 295–319.

29) Pries, L.: Migrantenselbstorganisationen. Umfang, Strukturen, Bedeutung. Kurzdossier, focus Migration, Nr. 21, April 2013.

30) Pries, L./Sezgin, Z. (Hrsg.): Cross Border Migrant Organizations in Comparative Perspective, New York/London 2012.

31) Halm et al., Halm/Sauer (Fußn. 6); Borchard/Ceylan (Fußn. 11).

32) Beim Rat muslimischer Studierender & Akademiker e.V. (RAMSA) handelt es sich um einen Zusammenschluss muslimischer Studierender und Akademiker, der Studierende an über 35 Standorten im gesamten Bundesgebiet zusammenführt, sich als Ansprech- und Kooperationspartner für staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure versteht und durch die vereinseigene Akademie ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitglieder fort- und weiterbildet. Zu der Vision der Mitglieder gehört, auf Basis des Leitbildes eines guten (überkonfessionellen) Zusammenlebens und Austausches die Gesellschaft zum Positiven zu verändern und dieses „in selbstverständlichem Selbstbewusstsein, institutioneller Gleichberechtigung, gesellschaftlicher Anerkennung, akademischer Partizipation und geschwisterlicher Unterstützung zu verwirklichen“, URL: <http://www.ramsa-deutschland.org/vision>.

- Nach wie vor existiert ein strukturelles Anerkennungsproblem von Migrantenorganisationen als ebenbürtige (politische) Kooperations- und Gesprächspartner. Die korporatistischen Strukturen in Deutschland wirken tendenziell exklusiv.<sup>33</sup> Die Anerkennung von und Offenheit gegenüber neuen und anderen Formen von Engagement müssen eingeübt und akzeptiert werden. Eine vollständige Assimilierung von Zugewanderten an aufnahmegesellschaftliche Engagementformen ist utopisch und sollte nicht erwartet werden.
- Den Migrantenorganisationen kommt in der Flüchtlingshilfe als wichtige Anlaufstellen und Mittler eine bedeutende Rolle zu. Gerade das Engagement der Muslime für Flüchtlinge kann eine kulturell bedeutsame Öffnung ihrer Organisationen und eine Identitätsveränderung befördern, die sie aus ihrer bisherigen Herkunftsorientierung löst. Ihnen kommt das Potenzial zu, für das Zusammenleben in Deutschland wesentliche Aspekte an die Geflüchteten weiterzugeben: demokratische Spielregeln, zivilgesellschaftliche Orientierung, Geschlechterrollen, religiöse Toleranz, Partizipation etc.

#### h) Geflüchtete Menschen

Für Flüchtlinge besteht generell die Möglichkeit, sich persönlich vielfältig zu engagieren (z.B. als Dolmetscher, bei der Innen- und Außengestaltung der Unterkünfte, der Kinderbetreuung etc.) – unabhängig von formalrechtlichen Voraussetzungen für bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten und fehlenden politischen Partizipationsmöglichkeiten aufgrund des hierfür in Teilen erforderlichen Besitzes der deutschen Staatsbürgerschaft. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Flüchtlinge erst einmal „selber ankommen“, ihre neue Umgebung als sicher und ungefährlich erleben müssen, bevor sie anderen helfen können. Bei rund 40 bis 60 % von ihnen werden traumatische Belastungen angenommen, die zunächst therapeutisch behandelt werden müssten.<sup>34</sup>

- Die besonderen Barrieren, auf die Flüchtlinge und Asylsuchende dabei treffen, sind: sprachliche Verständigungsprobleme, kulturelle Hemmschwellen (Geschlechterordnung), traumatische Belastungen, fehlende Mobilitätsmöglichkeiten und Netzwerke wie auch Diskriminierungserfahrungen.
- Im gemeinsamen Engagement von einheimischen und geflüchteten Menschen können persönliche Kontakte und Kulturaustausch einen zentralen Beitrag zur Integration der Flüchtlinge leisten und negative Erfahrungen mit der Mehrheitsgesellschaft kompensieren.<sup>35</sup> Nicht zuletzt sind die gemeinsamen Aktivitäten der interkulturellen Öffnung der Aufnahmegesellschaft, der Stabilisierung der Zivilgesellschaft und einer „Immunsierung“ gegen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) dienlich.
- Im (gemeinsamen) Engagement können wesentliche Informationen, (sprachliche) Kompetenzen und Kontakte gewonnen, Verantwortungsbewusstsein, Selbstwirk-

samkeitserfahrung, Anerkennung und Wertschätzung vermittelt werden. Erworbene Informationen, Kompetenzen und Kontakte können auch für den Einstieg in das Erwerbsleben<sup>36</sup> und zur Formulierung und Organisation politischer Interessen genutzt werden.

- Bedeutsam ist auch die Beteiligung von Neuzugewanderten und Menschen mit unsicherem Aufenthalt an Bildungsangeboten für die Verbesserung ihrer persönlichen Lebenssituation, die sich wiederum umfassend positiv auch auf Engagementdispositionen auswirken kann. Zudem ist davon auszugehen, dass Flüchtlinge empfangende Hilfeleistungen durch ihren Einsatz für andere erwidern möchten<sup>37</sup> und dem Engagement von und für Flüchtlinge/n somit ein reziprokes Moment mit potenziellen Kettenreaktionen innewohnt, von denen in der Praxis vielfältig berichtet wird.
- Bürgerinnen und Bürger, politische Parteien und Gruppen setzen sich gegen die Aufnahme und Unterbringung von geflüchteten Personen, insbesondere im eigenen Umfeld, ein. Die Motive dafür sind unterschiedlich: Ängste vor „Fremden“ und Verunsicherung; sie sehen ihre Wohnqualität beeinträchtigt und fühlen sich übergangen etc. In diesem Zusammenhang gewinnen couragierte Bürgerinnen und Bürger sowie Politikerinnen und Politiker an Bedeutung, die Informationsveranstaltungen und Demonstrationen (gegen rechtsextreme Gruppierungen) durchführen, für gute Wohn- und Betreuungsbedingungen (z.B. Patenschaften, Freizeitaktivitäten, Sprachkurse, Nachhilfeangebote) sorgen und somit eine „Willkommenskultur“ schaffen.<sup>38</sup> Dadurch können die öffentliche Wahrnehmung bzw. Einstellungen der Bevölkerung vor Ort zum Positiven verändert, die soziale Integration der geflüchteten Menschen gefördert, Vorurteile und Stigmatisierungen abgebaut sowie Mobilisierungen gegen Unterkünfte entgegengewirkt werden.<sup>39</sup>

#### i) Neuzuwanderung

Aufgrund der demografischen Entwicklung, des prognostizierten Fachkräftemangels und anderer zu bewältigender Herausforderungen wird Deutschland auch in Zukunft auf Zuwandernde und ihr Engagement angewiesen sein. Eine Willkommens- und Anerkennungskultur sind bislang aber wenig ausgeprägt.

33) Jähnichen, T./Nagel, A.-K./Schneiders, K. (Hrsg.): Religiöse Pluralisierung: Herausforderung für konfessionelle Wohlfahrtsverbände. Stuttgart 2015.

34) Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen. Eine Expertise des SVR im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, Berlin 2016, S. 80.

35) Han-Broich, M.: Engagement in der Flüchtlingshilfe – eine Erfolg versprechende Integrationshilfe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 65. Jahrgang, 14–15/2015, S. 43–49; Han-Broich, M.: Ehrenamt und Integration. Die Bedeutung sozialen Engagements in der (Flüchtlings-)Sozialarbeit, Wiesbaden 2012, S. 184 f.

36) Müller, D./Nägele, B./Petermann, F.: Jugendliche in unsicheren Aufenthaltsverhältnissen im Übergang Schule–Beruf, Göttingen 2014, S. 73.

37) Halm, D./Amberge, T.: Migration und Engagement. Expertise für den Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung. Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung, Essen 2015 (unveröffentlicht).

38) Siehe hierzu u.a. Aumüller et al. (FuBn. 4), S. 121–159.

39) Daphi, P.: Zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge und lokale „Willkommenskultur“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 66. Jahrgang, 14–15/2016, S. 37 f.

- Deutschland muss seine Attraktivität als Einwanderungsland für hoch qualifizierte Zuwanderer und ihre Familien erhöhen und Engagementangebote zur lokalen Beheimatung in einem neuen Umfeld verstärkt ausbauen. Soziale Integration kann an einem neuen Wohnort insbesondere über freiwilliges Engagement im Kindergarten, in der Schule, in Sport- oder Freizeitvereinen erfolgen.<sup>40</sup>
  - Zwischen unterschiedlichen (in sich selbst wiederum heterogenen) Zuwanderungsgruppen ist zu differenzieren: der sog. „Gastarbeiter“-Generation und ihrer (auch in Deutschland geborenen) Nachkommen, den (Spät-)Aussiedlern, den Flüchtlingen sowie den (verstärkt angeworbenen) hoch qualifizierten Zuwanderern. Der rechtliche Migrationsstatus und die Bleibeabsichten sind für die Motivation und Bereitschaft zum Engagement wesentliche Aspekte. Neben einem hohen Motivationsniveau von Hochqualifizierten und Flüchtlingen mit Bleibeperspektive ist im Zeitverlauf mit einem andauernden Aufenthalt im Aufnahmeland von einem Anstieg der Engagementbereitschaft auszugehen,<sup>41</sup> weil mit der Dauer des Aufenthaltes mehr Anknüpfungsmöglichkeiten an die Mehrheitsgesellschaft gegeben sind, aber auch die Identifikation mit dem Lebensort und der Wunsch, diesen aktiv (mit) zu gestalten, zunehmen.
  - Im Bemühen um Zufluss von Humanressourcen und Arbeit können Kommunen und Unternehmen ihre Attraktivität als Zielorte für Zuwanderer steigern, indem sie Engagement(-förderung) zunehmend als Standortfaktor begreifen und nach außen besser sichtbar machen.
  - Neben einer Willkommenskultur ist die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen sowie der Zugang zu höheren und anerkannten Berufsfeldern nicht nur auf bürokratisch-formaler, sondern auch auf zwischenmenschlicher und unternehmerischer Ebene geboten.<sup>42</sup> In vielen Betrieben bestehen Vorbehalte, Führungspositionen mit fachlich qualifizierten Akademikern und Akademikerinnen mit Migrationshintergrund zu besetzen.
  - In einer (ethnisch) heterogenen, religiös-pluralen und ausdifferenzierten Gesellschaft sind die Bedingungen für ein gutes Miteinander erschwert. Zugewanderten Migrantinnen und Migranten jüngerer Generationen kommen als Brückenbauer, Kulturvermittler und Konfliktmoderatoren Schlüsselfunktionen zu.
- j) Empfehlungen<sup>43</sup>**
- Maßnahmen zur Engagementförderung von Migrantinnen und Migranten müssen spezifische Lebenslagen, Kulturen und soziostrukturelle Faktoren berücksichtigen, wenn sie die verschiedenen, in sich hoch heterogenen Migranten-Communities erreichen wollen.
  - Zielgruppenspezifische Förderung ist besonders lohnend, da unter Migranten und Migrantinnen häufiger soziale Problemlagen anzunehmen sind und mehrheitsgesellschaftliche Unterstützungsangebote sie oft nicht erreichen. Innerhalb der Debatte wird allerdings häufig der Migrationshintergrund in defizitärer Perspektive als Ursache für soziale Probleme und niedrigere Engagementquoten angeführt. Zukünftig sollte auf diese Komplexitätsreduktion verzichtet werden. Es bedarf einer differenzierten Analyse der Interdependenz von soziostrukturellen, milieubedingten und migrationspezifischen Einflussfaktoren.
  - Um Menschen mit und ohne Migrationshintergrund für die Gestaltung ihres lokalen und regionalen Umfelds zu gewinnen, gilt es, im Rahmen der Engagementförderung insbesondere auf der lokalen Ebene – im Stadtteil – anzusetzen. Die Vernetzung der in Migranten- und aufnahmegesellschaftlichen Organisationen vorhandenen Engagementpotenziale ist notwendig und besonders effektiv.
  - Um das insbesondere in religiös orientierten Organisationen vorhandene hohe Engagement für gesamtgesellschaftlich relevante Synergie- und Solidaritätseffekte nutzbar zu machen, sind vermehrt zwischenmenschliche interreligiöse Begegnungen, Projekte und Dialogkreise notwendig, um Vorbehalte und Misstrauen abzubauen und vermehrt Gemeinsamkeiten statt Unterschiede herauszustellen.
  - Vor dem Hintergrund eines besorgniserregenden Anstiegs fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Positionen und Initiativen sind insbesondere im ländlichen (ostdeutschen) Raum kommunalpolitische Ignoranz abzubauen und zivilgesellschaftliche (präventive) Projekte zu fördern.
  - Neben einer verstärkten Öffnung des Ballsports für Frauen sind die Beachtung von gender- und kulturspezifischen Sportpräferenzen und damit die verstärkte Förderung von nicht nur fitnessbezogenen Sportangeboten für Mädchen/Frauen mit Migrationshintergrund (z.B. Yoga, Tanz, Gymnastik, Selbstverteidigung) geboten. Notwendig sind daher auf die spezifischen Bedarfe und Interessen der Migrantinnen abgestimmte Sportangebote (mit weiblichen Trainerinnen).

40) Gensicke, T./Geiss, S.: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 – Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004–2009. Vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, München 2010, S. 9, 26, 66. Vogel, C./Hagen, C./Simonson, J./Tesch-Römer, C.: Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität, in: Simonson, J./Vogel, C./Tesch-Römer, C. (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Endbericht. Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA). Berlin 2016.

41) Gensicke/Geiss (Fußn. 39), S. 23; Sauer 2011 (Fußn. 5), S. 209; Halm/Amberge (Fußn. 36).

42) Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, Bielefeld 2012, S. 46, 201; Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen, Bielefeld 2014, S. 26.

43) Bei den Empfehlungen handelt es sich nicht um Empfehlungen der Zweiten Engagementberichtsmission der Bundesregierung, sondern um von der Autorin und den Autoren formulierte, die die Erträge der Diskussion in Essen zusammenfassen und erweitern.

- In verschiedenen Sportarten auszumachende Zugangsbarrieren und Exklusionsfaktoren wie (Ausstattungs-) Kosten und Mitgliedsbeiträge sind mit Blick auf die Zielgruppe von Menschen mit Migrationshintergrund als Ausgrenzungsmechanismen zu identifizieren und abzubauen. In einzelnen Fällen sollte beispielsweise der Erlass von Mitgliedsbeiträgen („positive Diskriminierung“) erwogen werden.
  - Für eine die Realität nicht verzerrende Darstellung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollten vermehrt Journalistinnen und Journalisten mit Migrationshintergrund Mitsprache und Einfluss bei der Medienberichterstattung und Programmgestaltung erhalten. Während in der Gesellschaft rund jeder fünfte eine Zuwanderungsgeschichte hat, weist eine solche in der Medienlandschaft nur jede/r fünfzigste auf. (So beträgt der Anteil von Zuwanderern in den Redaktionen deutscher Tageszeitungen lediglich 1,2 %.)<sup>44</sup>
  - Entscheidungen der Engagement- und Integrationsförderung von Migrant\*innenorganisationen sollten nicht auf Grundlage von Differenzkriterien wie „etabliert/nicht etabliert“ oder „migrantisch/einheimisch“ erfolgen. Vonnöten ist die Angleichung des Förderumfangs von Migrant\*innenorganisationen an den der deutschen Organisationen.
  - Staatliche und öffentliche Stellen müssen engagementförderliche Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstrukturen für Migrant\*innenorganisationen aktiv verbessern helfen: Zu verstärken sind zuvorderst Unterstützungsleistungen in fachlicher, menschlicher, psychischer Hinsicht, Weiterbildungs- und Professionalisierungsmaßnahmen sowie die Ressourcenausstattungen (Finanzen, Räumlichkeiten).
  - Der politische Diskurs mit Migrant\*innenorganisationen auf Bundesebene (z.B. Deutsche Islam Konferenz; Integrationsgipfel) muss weiterentwickelt werden. Hierfür bedarf es wechselseitig einer Verbesserung des Kommunikationsverhaltens, der Informationskanäle sowie der realen Anerkennung als Partner. Dadurch können das Interesse am politischen Geschehen insgesamt, die Identifikation mit Deutschland, das Gefühl der Zugehörigkeit und die weitere Engagementbereitschaft gefördert werden und auf die kommunale Ebene ausstrahlen.
  - Trotz positiver Entwicklungen bestehen in der Einwanderungsgesellschaft weiterhin erhebliche Spannungs- und Konfliktpotenziale. Die vielfach proklamierte Etablierung einer Anerkennungskultur, der interkulturellen Öffnung etc. ist somit keinesfalls ad acta zu legen, sondern sie muss weiterhin mit Nachdruck und Überzeugung verfolgt werden. Dafür sind ein über bloße Lippenbekenntnisse hinausgehender umfassender Bewusstseinswandel und ein konstruktiver Mitgestaltungswille notwendig, der insbesondere von Schlüsselpersonen aus Politik und Zivilgesellschaft vorgelebt und multipliziert werden kann.
  - Es gilt, auf allen staatlichen Ebenen eine transparente und konsistente Politik zu entwickeln: Engagementformen, mit denen eine massive Ablehnung und Zurückweisung von geflüchteten Personen zum Ausdruck kommt, sollte entschlossen mit angemessenen politischen Aktionen – auch hinsichtlich der Wahrung der Sicherheit der Flüchtlinge – und einer konsequenten Verfolgung von Übergriffen begegnet werden.
  - Die zentrale gesamtgesellschaftliche Bedeutung des freiwilligen Engagements in der Flüchtlingshilfe und die damit verbundene Notwendigkeit einer stärkeren Unterstützung der ehrenamtlich und freiwillig Tätigen – etwa durch Supervisions-, Beratungs- und Fortbildungsangebote sowie den Abbau bürokratischer Hürden (z.B. Antragstellungen) – muss von Bund, Ländern und Kommunen erkannt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.
- ### k) Empirische Desiderate
- Hinsichtlich unterschiedlicher Engagementmotive und -verhalten verschiedener Zuwanderergruppen sind für die Entwicklung von speziellen Angeboten auf kommunaler Ebene herkunftslandbezogene Unterschiede und Kulturen näher in den Blick zu nehmen.
  - Der Nutzung des Internets, digitaler Medien und Technologien und ihre (Aus-)Wirkungen auf die politische Beteiligung und Engagement gilt es, auch und insbesondere für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, in wissenschaftlichen Untersuchungen verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken.
  - Während auf der Ebene der Bundespolitik die Repräsentanz von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund inzwischen ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht, ist dieses Verhältnis für die Landesparlamente und kommunalen Vertretungsorgane noch zu untersuchen.
  - Die Datenlage und der Kenntnisstand zum Engagement (Ausmaß, Motive, Hemmfaktoren), zur politischen Teilhabe und den Organisationen der unterschiedlichen Migrant\*innenpopulationen müssen für die Formulierung effektiver, praxisrelevanter Handlungsempfehlungen in quantitativ-repräsentativer sowie qualitativer Hinsicht verbessert werden. Die Zusammenarbeit staatlicher, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure – vor allem mit Migrant\*innenorganisationen – ist hierbei von besonderer Relevanz.
  - Für eine Verbesserung und effektive Förderung von interkulturellen Kooperationen und Öffnungsprozessen bedarf es einer genauen Analyse der Ausgangs- und Gelingensbedingungen von Good-Practice-Beispielen sowie von Engagement- und Arbeitsschwerpunkten (bzw. -strukturen) von Migrant\*innenorganisationen.

44) Geißler, R./Enders, K./Reuter, V.: Wenig ethnische Diversität in deutschen Zeitungsredaktionen, in: Geißler, R./Pöttker, H. (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland, Band 2: Forschungsbefunde, Bielefeld 2009, S. 79–117.

- Um die Sportpartizipationsraten und das Sportverhalten von Personen mit Migrationshintergrund detaillierter festzustellen, bedarf es zukünftig vermehrt theoretisch, migrationssoziologisch fundierter Primärerhebungen mit größeren Fallzahlen. In diesen sollten Engagementquoten nicht lediglich über die Vereinsmitgliedschaft (als Proxy) erhoben und auch Personen mit geringen Deutschkenntnissen berücksichtigt werden.<sup>45</sup>
- Die in dieser Größenordnung seit dem Zweiten Weltkrieg bislang ungekannte Anzahl an Asylsuchenden und geflüchteten Menschen mit Bleibeperspektive in Deutschland konfrontiert die Forschung unter anderem mit folgenden Fragestellungen:
  - Wie bindet die kommunale Engagementförderung Migranten(-organisationen) in der Freiwilligenarbeit für Geflüchtete ein?
  - Welche Rolle übernehmen dabei lokale engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen (lokale Freiwilligenzentren, Quartiersmanagement, Seniorbüros, Mehrgenerationenhäuser etc.) sowie sozialraumorientierte Konzepte, und wie können sie strategisch in die Flüchtlingshilfe eingebunden werden?
  - Welchen Beitrag können Migrantenorganisationen mit Blick auf Integrationsleistungen innerhalb der kommunalen Strukturen leisten?
  - Welche konkreten Rollen kommen Personen mit Migrationshintergrund und ihren Organisationen in der Flüchtlingshilfe zu (Status quo und perspektivisch)?

45) Braun/Nobis (Fußn. 7), S. 22 f.

### Veranstaltungen der Fort- und Weiterbildung von September bis Oktober 2016 mit FREIEN PLÄTZEN

8. bis 9. September 2016	F 6630/16 Aktuelle Entwicklungen in der europäischen Sozialpolitik; BZ-Erkner bei Berlin
14. bis 16. September 2016	F 4440/16 ASD-Bundeskongress 2016; Universität Kassel
14. bis 16. September 2016	F 3377/16 Heranziehung Unterhaltspflichtiger in der Sozialhilfe – speziell zum Elternunterhalt; Wyndham Hannover Atrium Hotel
26. bis 28. September 2016	F 1732/16 Kindeswohl als Kooperationsgrundlage von Ausländerbehörden, Kinder- und Jugendämtern und Vormundschaft; Hotel Kaiserin Augusta Weimar
29. bis 30. September 2016	F 4460/16 Aktuelle Fragen des Gemeinnützigkeitsrechts; NH Hotel Berlin-Alexanderplatz
5. bis 7. Oktober 2016	F 2255/16 Nachhaltige Entwicklung bei den Hilfen zur Erziehung?! Wyndham Garden Berlin Mitte Hotel
10. bis 11. Oktober 2016	F 4483/16 Ziel erreicht? Eingliederungshilfe und Bundesteilhabegesetz; NH Hotel Berlin-Alexanderplatz
19. bis 21. Oktober 2016	F 3382/16 Aktuelle leistungsrechtliche Fragen im SGB II; Augustinerkloster zu Erfurt
24. bis 26. Oktober 2016	F 3378/16 Aktuelle Fragen der Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67 ff. SGB XII) – Hilfeplanung; BZ-Erkner bei Berlin
25. bis 26. Oktober 2016	F 4462/16 Umsetzung und Auswirkungen des § 45b Abs. 4 SGB XI; NH Hotel Berlin-Alexanderplatz

### Akademieveranstaltungen

15. bis 16. September 2016	AT 4134/16 Jugendhilfe trifft Schule und arbeitet eng mit ihr zusammen; pentahotel Berlin-Köpenick
29. bis 30. September 2016	AT 4156/16 Jugendhilfe trifft Sozialhilfe. Steuerung von Fällen der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche; BZ-Erkner bei Berlin
5. bis 6. Oktober 2016	AT 4180/16 Sozialhilferegress mittels Rückforderung von Schenkungen; Derag Livinghotel Berlin-Weißensee
13. bis 14. Oktober 2016	AT 4174/16 Konferenz für lokale Flüchtlingskoordinatoren; Wyndham Garden Berlin Mitte Hotel
19. bis 21. Oktober 2016	AT 4183/16 Pflegefamilien professionell begleiten; Derag Livinghotel Berlin-Weißensee
26. bis 28. Oktober 2016	AT 4135/16 Sozialverfahrensrecht und Zielvereinbarungen für Praktiker der Leistungsträger SGB II, VIII und XII; pentahotel Berlin-Köpenick

[www.veranstaltungen.deutscher-verein.de](http://www.veranstaltungen.deutscher-verein.de)



Deutscher Verein  
für öffentliche und private Fürsorge e.V.  
Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin  
Tel. (0 30) 6 29 80-6 05/-6 06/-4 19, Fax (0 30) 6 29 80-6 50  
E-Mail: [veranstaltungen@deutscher-verein.de](mailto:veranstaltungen@deutscher-verein.de)